



Radikale Staatsdiener in der AfD

Bericht: Tom Fugmann, Knud Vetten

K. Torsten Backofen, Paul Kraneis, Jörg Pätschlack, Fabian Thomm, Finn Wittig

S. Julia Meusel, Johannes Ramson

Vom Staatsdiener zum Staatsfeind? Diese Frage ist mit der Verhaftung der Richterin Birgit Malsack-Winkemann bei der Razzia gegen Reichsbürger hochbrisant und aktuell.

Dr. Joachim Wagner

„Das hat es der deutschen Justizgeschichte noch nie gegeben.“

Karsten Hilse

„Fassen Sie mich nicht an. He, ich bin Bundestagsabgeordneter, habt ihr ne Scheibe oder was?“

Ein ehemaliger Polizist und Bundestagsabgeordneter leistet Widerstand gegen frühere Kollegen. Beamte und Staatsdiener zeigen offen ihre Verachtung für den Rechtsstaat, den sie eigentlich verteidigen sollen.

Jens Maier

„Wer in diesen Zeiten nicht als Rechtsextremist diffamiert wird, der macht irgendwas verkehrt.“

Björn Höcke

„Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.“

Klaus Gärditz

„Da geht es um ganz handfeste Angriffe auf Menschenwürde, auf Demokratie und auf Rechtsstaatlichkeit.“

7. Dezember vergangenen Jahres: eine Razzia gegen mutmaßliche Staatsfeinde. Tausende Polizisten durchsuchten in der ganzen Republik Wohnungen. 25 Menschen wurden verhaftet, die der Reichsbürgerszene zugerechnet werden. Darunter Soldaten und AfD-Mitglieder. Vorwurf: Die Gruppe aus der Reichsbürgerszene plante einen Staatsstreich.

Waffen wurden beschlagnahmt. Unter den Verhafteten war auch eine ehemalige Bundestagsabgeordnete und Richterin aus Berlin: Birgit Malsack-Winkemann. So etwas war bisher unvorstellbar.



Dr. Joachim Wagner, Publizist und Buchautor

„Die AfD-Richterin Malsack-Winkemann ist eine schwere Wunde des Rechtsstaates. Sie hat zwei Gesichter – wie wir jetzt wissen - nämlich das eine einer Hinterbänklerin im Bundestag und das zweite ist, dass sie im Verdacht steht, eine terroristische Vereinigung unterstützt zu haben. Das hat es in der deutschen Justizgeschichte noch nie gegeben.“

Die Demokratie wird bedroht, auch von denen, die sie eigentlich als Beamte verteidigen sollen. Denn diese Staatsdiener müssen sich durch ihr Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen. Das gilt für verbeamtete Lehrer, Staatsanwälte, Polizisten und Verwaltungsbeamte genauso wie für Richter und Bundeswehrsoldaten, die sich in einem beamtenähnlichen Dienstverhältnis befinden.

Wenn die allerdings im Bundestag oder in den Landtagen sitzen, dann ruhen diese Vorschriften. Wer außerhalb des Parlaments bei Demonstrationen, in Wirtshäusern oder anderswo hetzt, lügt und verleumdet, kann belangt werden.

Termin in Hamburg. Wir treffen Joachim Wagner, den Publizisten und ehemaligen Leiter des ARD Politmagazins Panorama. Wagner hat sich zwei Jahre lang mit auffälligen Juristen befasst und das Buch „Rechte Richter“ geschrieben – das erste umfassende Werk dazu. Er dokumentiert, dass die Grenzüberschreitungen schon in den ersten Jahren nach der Gründung der AfD begannen.

Joachim Wagner, Buchautor

„Vor dem Aufschwung der AfD in den Jahren 2015 und ´16 haben Richter mit Parteibüchern von SPD, Grünen oder CDU sauber getrennt zwischen ihren Ämtern und ihren politischen Aktivitäten. Das neue Phänomen ist nun, dass AfD-Richter und Staatsanwälte diese Grenze überschreiten durch Tabubrüche und Regelverletzungen.“

Malsack-Winkemann ist eine der ersten Richterinnen und Richter in der AfD. Einen Monat nach der Gründung trat sie in die Partei ein.

Birgit Malsack-Winkemann

„Was keiner weiß, ich bin praktisch von Anfang an bei der AfD dabei.“

2017 zog Malsack-Winkemann für die AfD in den Bundestag ein. Sie galt als gemäßigt in der Öffentlichkeit und in der Partei. Im Bundestag diffamierte sie Flüchtlinge.



Birgit Malsack-Winkemann, 18.5.2018

Dass diese aus Ländern stammen, in denen es Krankheiten gibt, die hierzulande vor der Flüchtlingswelle in überschaubarem Umfang vorhanden waren oder sogar als ausgerottet galten, wie Tuberkulose, HIV und Hepatitis. Oder andere hierfür nicht bekannte, möglicherweise sogar tödliche Krankheiten.

Solche Ansichten vertrat Malsack-Winkemann nicht allein. Der Jurist Joachim Wagner hat untersucht, warum Staatsanwälte und Richter in die AfD eintraten.

Joachim Wagner, Publizist und Buchautor

„Alle Richter und Staatsanwälte haben sich der AfD angeschlossen aus einem Grund: wegen der Zuwanderung und der Angst, dass unsere Gesellschaft heterogener und multikultureller wird. Das ist sozusagen bei allen das Hauptmotiv. Alle politischen Lebensläufe zeichnen sich dadurch aus.“

2021 schaffte Malsack-Winkemann nicht mehr den Wiedereinzug in den Bundestag. Deshalb wollte sie zurück in den Justizdienst und wieder als Richterin arbeiten. Um ihre Rückkehr entbrannte ein monatelanger Streit. Anfang des Jahres 2022 stellte Malsack-Winkemann den Antrag auf Rückführung ins Dienstverhältnis. Im März nahm sie ihren Dienst am Landgericht wieder auf. Ende Mai beantragte die Justizverwaltung, sie in den Ruhestand zu versetzen. Im Oktober wurde dieser Antrag zurückgewiesen. Am 7. Dezember erfolgte die Verhaftung. Noch am selben Tag ging die Justizsenatorin in Berufung.

Berlin - die zuständige Justizverwaltung. Seit Anfang 2022 lief hier eine Tiefenprüfung zu Malsack-Winkemann. Die Justizsenatorin Lena Kreck war nach der Prüfung im Mai 2022 überzeugt: Malsack-Winkemann darf nicht mehr als Richterin arbeiten.

Lena Kreck, Justizsenatorin

„Wir sind sehr intensiv in die Prüfung eingestiegen, haben uns umfassend mit Äußerungen im Social Media befasst, sie hat einen eigenen YouTube-Kanal betrieben. Haben uns das angeguckt. Haben uns auch angeschaut mit wem sie zu welchen Themen aufgetreten ist. Mit wem sie auch öffentlich aufgetreten ist. In der Gesamtschau hat sich ein Bild ergeben, wo man sagen muss, dass ich der Auffassung war und habe deshalb auch diesen Antrag beim Richterdienstgericht gestellt, dass diese Richterin nicht haltbar ist.“

Reporter: „Aber für Sie selber klingt es nicht so, als sei sie gemäßigt gewesen.“

„Nein. Ich würde sie nicht als gemäßigt beschreiben.“

Reporter: „Wie denn?“



„Ich würde Sie tatsächlich bereits bevor dieser Fall eine besondere Öffentlichkeit erlangt hat, als eine brandgefährliche Person beschreiben.“

Das Richterdienstgericht sah hingegen keine „Beeinträchtigung der Rechtspflege“ und wies Antrag zurück. Denn die Reden im Bundestag spielten in dem Verfahren keine Rolle, um die freie Meinungsäußerung von Abgeordneten nicht in Frage zu stellen. Das heißt: In solchen Verfahren können nur Äußerungen relevant werden, die nicht in den Parlamenten gefallen sind.

Der Buchautor und Jurist Joachim Wagner interessierte sich schon vor der Festnahme für den Fall Malsack-Winkemann. Für ihn ein Beispiel, wie schwer sich der Staat mit extremen Richtern tut.

Joachim Wagner, Journalist

„Da hat das Richterdienstgericht festgestellt, dass Frau Malsack-Winkemann eine xenophobe, also fremdenfeindliche Grundhaltung hat. Aber das Gericht hat gesagt, das reicht nicht aus, um ihre Verfassungsfeindlichkeit zu beweisen. Und das ist eine der schwierigsten Rechtsfragen, die überhaupt zu erörtern sind in solchen Verfahren gegenüber AfD-Richtern und Staatsanwälten Wann schlägt eine Islam- und Fremdenfeindlichkeit um in eine Verfassungsfeindlichkeit. Nur dann ist der Rückkehranspruch zu verhindern.“

Über den Berufungsantrag der Berliner Justizsenatorin im Fall Malsack Winkemann wird jetzt das Oberverwaltungsgericht Berlin/Brandenburg in einem Eilverfahren entscheiden. Die 58-Jährige sitzt seit ihrer Verhaftung in Karlsruhe in Untersuchungshaft.

Der Skandal um die Berliner Richterin war nur ein Grund, der den verbeamteten Diplomverwaltungswirt Ivo Teichmann dazu bewogen hat, aus der AfD auszusteigen. Die zunehmende Nähe zu Rechtsextremen ein anderer. Wir treffen ihn im Dresdner Landtag.

Kurz vor Weihnachten trat Ivo Teichmann aus der Partei sowie aus der AfD-Landtags- und Kreistagsfraktion aus. Von zehn kontaktierten Staatsdienern, die in letzter Zeit die Partei verlassen haben, spricht er als Einziger mit uns. Er bringt Unterlagen mit, die seine Beweggründe erklären sollen. Darunter: Dokumente mit den internen Chats einer WhatsApp-Gruppe.



Ivo Teichmann, Landtagsabgeordneter

„Wenn ich solche Posts in den Chatgruppen habe, wo es heißt: „Zwei Dinge sollten immer weiß sein: Weihnachten und Deutschland.“ Das ist ja klar rassistisch. Und jetzt werden Sie sagen, das glaube ich ihnen nicht: Das ist der Screenshot dazu. Im Wissen darum, dass man unter Beobachtung steht vom Verfassungsschutz postet man so etwas. Die Frau klatscht noch Beifall und macht ein blaues Herz darunter.“

Die Telefonnummer zeigt: Hier jubelt nicht irgendwer. Die Spur führt direkt zum Büro eines Bundestagsabgeordneten der AfD. Nachdem die Reichsbürger-Gruppe auffliegt, werden die Äußerungen in dieser WhatsApp-Gruppe noch brisanter.

Ivo Teichmann, Landtagsabgeordneter

„Sie werden sich erinnern an diese Reichsbürgergeschichte. Malsack-Winkemann, ehemalige MdB, AfD . Da wird gepostet von einem AfD-Mitglied auch wieder in meinem ehemaligen Kreisverband: Ein geplanter Staatsstreich zur Abwehr des laufenden kommunistischen Staatsstreichs.“

Nach unseren Informationen schrieb das Tilo Bretschneider aus Glashütte. Dort ist er Stadtrat für die AfD. Bretschneider sitzt auch im Kreistag in Pirna. Vor einer Sitzung konfrontieren wir ihn Ende Januar mit dieser WhatsApp.

Tilo Bretschneider

Reporter: „Und da haben Sie geschrieben: Ein geplanter Staatsstreich zur Abwehr des laufenden kommunistischen Staatsstreichs.“

„Ja. Das denke ich.“

Reporter: „Warum?“

„Hier wird eine Gesellschaft geändert. Das geht vollkommen an der Demokratie vorbei.“

Reporter: „Das heißt, Sie sind der Auffassung, dass wir uns in einem kommunistischen Staatsstreich befinden?“

„Ja, aber wir haben jetzt einen Termin. So ist es.“

Dafür gibt es im Chat Zustimmung.

Ivo Teichmann, Landtagsabgeordneter

„Dann postet hier jemand: ´Nach dem Grundgesetz eigentlich legitim`. Das wird auch noch gerechtfertigt!“



Wer das schreibt, wissen wir nicht. Wir finden heraus, wer hinter der Gruppe steckt: Sie heißt Stammtisch Pirna, ist nicht öffentlich und nicht sehr groß. Eingerichtet wurde sie von Steffen Janich. Er ist auch der Administrator der Gruppe. Damit kann er nicht nur bestimmen, wer Zugang zur Gruppe bekommt, sondern er könnte auch die Diskussionen zum Staatsstreich moderieren und dem entgegentreten.

Steffen Janich ist ein ehemaliger Polizist aus der Sächsischen Schweiz, der im März 2013 in die AfD eintrat. 2021 feierte er auf einer Wahlparty den Sprung in den Bundestag.

Steffen Janich, Bundestagsabgeordneter

„Liebe Freunde, Sachsen wählt konservativ und das sind wir, das ist die Sächsische Schweiz, das Erzgebirge. So wollen wir das haben.“

Ende 2020 hatten wir ihn interviewt. Er präsentierte ein Banner mit der Aufschrift: „Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Am Beginn der Pandemie organisierte Janich in Pirna sogenannte Spaziergänge gegen die Corona-Maßnahmen. Ein Polizist als Versammlungsleiter von nicht angemeldeten, illegalen Protesten. Dafür wurde er vom Dienst suspendiert.

Für Ivo Teichmann ist die Chatgruppe einer der Gründe, warum er nach acht Jahren die Partei verlassen hat.

Ivo Teichmann, Landtagsabgeordneter

„Wie reagiere ich, was habe ich gemacht? Ich bin ja in dem Stammtisch Mitglied in der Gruppe gewesen. Ich war der einzige „Nein, dem widerspreche ich klar und deutlich.“

Wie sind diese Staatsstreich- und Widerstands-Phantasien zu bewerten? Wir legen Joachim Wagner die Screenshots der WhatsApp-Gruppe vor:

Joachim Wagner, Publizist und Buchautor

„Das Berufen auf das Widerstandsrecht des Grundgesetzes ist in der AfD populär, um Tabubrüche, Regelverletzungen und Gesetzesverstöße zu legitimieren. Wenn dieses Argument nun im Zusammenhang mit den Staatsstreichplänen einer Reichsbürgergruppe genutzt wird, ist das der Versuch einer gefährlichen Relativierung und Legitimierung dieser Pläne. Ich hätte mir von einem AfD-Bundestagsabgeordneten gewünscht, dass er das Gegenteil macht, nämlich sich energisch von diesen Plänen distanziert.“



Davon ist bei Steffen Janich nichts zu lesen. Im Gegenteil: Weihnachten ist er - so wörtlich auf seiner Facebook-Seite - in „Gedanken bei unserer Birgit Malsack-Winkemann. Birgit, wir denken an Dich.“ Und weiter: „Es hätte jeden von uns treffen können, sie stand nur in der langen Reihe etwas weiter vorn.“ Der Post wurde inzwischen gelöscht.

Wir haben Steffen Janich wegen eines Interviews angefragt – keine Reaktion. Deshalb konfrontieren wir ihn in Pirna vor der Kreistagssitzung und fragen ihn nach den Äußerungen zu Malsack-Winkemann.

Reporter: „Es hätte jeden treffen können – so sinngemäß - aber sie stand nur weiter vorn. Das stand auf Ihrer Facebook-Seite.“

Steffen Janich: „Das ist meine Kachel gewesen und das ist völlig korrekt. Und genau das habe ich auch ausgedrückt. Wir werden so lange Birgit Malsack-Winkemann als das sehen, was sie ist. Sie ist jetzt ganz einfach in Haft genommen worden und es muss sich erstmal bestätigen, was dort passiert ist. Und das wird ein Richter machen.“

Reporter: „Aber es hört sich sehr solidarisch an.“

„Ja, Entschuldigung, aber natürlich darf man sich mit jemanden solidarisch zeigen. Wir werden am Ende sehen, was dieses Gerichtsverfahren bringt, dann werden wir unsere Meinung eventuell anpassen oder werden sehen, was dort rauskommt und werden schauen was da passiert.“

An die Staatsstreich-Diskussionen in seiner Chatgruppe kann er sich angeblich nicht erinnern.

Steffen Janich: „Ich muss Ihnen klipp und klar sagen, ich kenne nicht die ganzen Chatverläufe meiner Gruppen, in denen ich allen präsent bin. Ich habe mehrere Chat-Gruppen laufen, kann Ihnen jetzt nicht genau sagen, was da die Inhalt sind.“

Reporter: „Aber Stammtisch Pirna ist eine Chat-Gruppe, die Ihnen zuzurechnen ist?“

J: „Das ist richtig. Ja.“

R: „Aber was sagen Sie zu so einer Aussage?“

J: „Kann ich nicht, muss ich selbst erst einmal nachlesen.“

R: „Können Sie gerne machen. Richtig nach Grundgesetz, also eigentlich legitim. Das wird gerechtfertigt.“

J: „Das habe ich so nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass ich es erstmal nachlesen muss. Danke, dass Sie mich davon informieren. Auf Wiedersehen.“

Wir fahren ins sächsische Ohorn unweit von Dresden zum Bürgerdialog mit einem AfD-Bundestagsabgeordneten. Auch Karsten Hilse war Polizeibeamter, bevor er Abgeordneter wurde.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Karsten Hilse überschreibt seine Veranstaltung im Gasthof mit einer Frage: „Krieg gegen das eigene Volk?“. Er spricht von Ausplünderung, Energie- und Wirtschaftskrise sowie Inflation. Damit wolle er die Ängste der Bürger aufgreifen, erklärt er.

Karsten Hilse, Bundestagsabgeordneter AfD

„Die Angriffe auf unser Volk sind ja vielfältig. Es wird mit einer familienfeindlichen Politik dafür gesorgt, dass wir uns nicht genügend reproduzieren. Dass wir schrumpfen, dafür wird gesorgt. Es wird extrem viel Geld aus Deutschland herausgebracht. Es gibt Angriffe auf unsere Kultur, auf unsere Geschichte.“

Ein düsteres Szenario.

„Ist eigentlich allen klar, dass wir uns im Dritten Weltkrieg befinden. Es kann doch in dieser Situation nur eines geben: Dass alle Leute auf die Straße gehen. Ihre Arbeit liegen lassen.“

Klatschen

Karsten Hilse, Bundestagsabgeordneter AfD

„Nee, wir sind – glaube ich – noch nicht im Dritten Weltkrieg. Wir bewegen uns aber leider in großen Schritten dorthin. Weil der Schritt von Waffenlieferungen für eine Seite, die dort Krieg führen. Der Schritt von diesen Waffenlieferungen zum heißen Krieg mit denjenigen, die eigentlich nur die Waffen liefern, ist nur ein minimaler Schritt.“

Im Saal ließ Hilse die Worte vom Dritten Weltkrieg und den Appell, auf die Straße zu gehen unkommentiert. Auf Facebook spekuliert er darüber, dass die Regierung Deutschland in den Krieg führen würde.

Gezielte Provokation auch im Bundestag: Hilse trägt am Pult ein T-Shirt der Querdenker.

Claudia Roth: „Herr Hilse, dürfte ich Sie bitten, dass Sie den Jacketknopf zuknöpfen. Sie wissen ganz genau warum. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir bei T-Shirts oder anderen Kleidungsstücken keine Parolen in die Kamera halten und das gilt auch für Sie.“

Karsten Hilse: „Ich bitte um Entschuldigung.“

R: „Das wissen Sie ganz genau und deswegen zumachen die Jacke.“

H: „Habe ich gerade getan.“



Karsten Hilse, Bundestagsabgeordneter AfD

„Ich persönlich leiste parlamentarischen Widerstand und ich leiste Widerstand indem ich auf der Straße meine Meinung frei kund tue. Und auch die Leute auffordere, den Druck von der Straße hochzuhalten bzw. noch zu erhöhen.“

Im November 2020 kam es bei einer Demonstration der Querdenker in Berlin zu Ausschreitungen. Auch Karsten Hilse war vor Ort. Eine damals vorgeschriebene Maske trug er nicht. Sein Attest zur Maskenbefreiung wurde von der Polizei nicht anerkannt. Statt Mäßigung – die Situation eskaliert.

Karsten Hilse

„Lassen Sie mich, fassen Sie mich nicht an. Hei – ich bin Bundestagsabeordneter, ihr habt wohl eine Scheibe oder was? Ich bin deutscher Bürger. Hier wird ein Bundestagsabgeordneter abgeführt.“

P: „Hinter die Polizeiabsperrung.“

Eine Rangelei mit Folgen. Ein Gericht verurteilte Karsten Hilse zu einer Geldstrafe – wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Der als Abgeordneter freigestellte Polizist hat den Strafbefehl inzwischen akzeptiert. Trotzdem sieht er sich bis heute als Opfer von Polizeigewalt. Wir konfrontieren ihn mit einem Text, den er am Jahresende auf Facebook veröffentlichte.

Karsten Hilse, Bundestagsabgeordneter/AfD

Reporter: „Das Jahr 2022 brachte tiefgreifende Veränderungen. Der Umbau hin zu einer totalitären Diktatur wird mit aller Härte durchgezogen. An welchem Punkt befinden wir uns denn?“

„Äh, wir befinden uns natürlich am Anfang. Ich habe vor mehreren Jahren schon gesagt, dass diese Klimapolitik letztendlich der Weg in den Sozialismus ist. Es geht um Planwirtschaft, um Regulierung, um Enteignung. Es geht um Verarmung der Leute und auf diesem Weg befinden wir uns. Die Grünen sind aus meiner Sicht verkappte Kommunisten, die haben natürlich das Ziel das nächste sozialistische Experiment zu vollführen. Dass Sozialismus nur in einem totalitären Staat funktioniert, das zeigt die Geschichte.“

Karsten Hilse demonstriert immer wieder dort, wo auch Rechtsextreme unterwegs sind. Der Polizist könnte jederzeit in den Dienst zurückkehren, sagt er uns. Doch er würde lieber für eine dritte Legislaturperiode im Bundestag bleiben.



Dort saß an der Seite von Birgit Malsack-Winkemann auch der Richter Jens Maier. 2021 wurde er nicht mehr in den Bundestag gewählt und kehrte in den Justizdienst zurück. Das sächsische Justizministerium jedoch befürchtete aufgrund von Maiers öffentlichen Äußerungen, dass er als Richter nicht mehr verfassungstreu, unparteiisch und ohne Ansehen der Person urteilen könne.

Jens Maier

„Wer in diesen Zeiten nicht als Rechtsextremist diffamiert wird, der macht irgendwas verkehrt.“

„Ich muss sagen, ich erkläre hiermit diesen Schuldskult für beendet, für endgültig beendet.“

Am 1. Dezember letzten Jahres bestätigte das Sächsische Dienstgericht in Leipzig die Versetzung Maiers in den einstweiligen Ruhestand. Das öffentliche Vertrauen in eine unabhängige und unvoreingenommene Rechtspflege sei nicht mehr gegeben, würde er weiterhin als Richter urteilen. Jens Maier kam nicht zur Verhandlung. Unsere Interviewanfrage bleibt unbeantwortet. Sein Anwalt kündigte Revision an und kritisierte das Urteil.

Jochen Lober, Rechtsanwalt

„Es kann nicht sein, dass jemand nur allein, weil er in der falschen Partei ist oder in irgendeiner Partei oder sonst irgendwo für Tätigkeiten, die mit dem Richteramt gar nichts zu tun haben, sanktioniert werden soll, so wie es hier geschehen ist.“

Die sächsische Justizministerin Katja Maier hatte die Versetzung in den Ruhestand beantragt. Der Richter von der AfD sei nicht für seine Äußerungen als Abgeordneter sanktioniert worden, so die Justizministerin. Denn die seien geschützt. Allerdings habe sich Jens Maier auch anderswo mehrfach fremdenfeindlich und herabsetzend geäußert.

Katja Meier

„Zunächst ist erst mal zu sagen, dass mit dieser Konstellation, die wir hier in Sachsen vorfinden und mit der Entscheidung des Richterdienstgerichts, wir glaube ich, tatsächlich Rechtsgeschichte schreiben. So was hat es vorher noch nicht gegeben. Und natürlich wird das auch weiter Aufsehen erregen und wird natürlich auch diejenigen, die im Richteramt sind und im Beamtenverhältnis sind und für die AfD antreten. Denen muss das natürlich ganz klar bewusst sein.“

Der Bonner Verfassungsrechtler Klaus Gärditz. Er teilt diese Auffassung.



Klaus Gärditz

„In dem Fall von Jens Maier in Sachsen war es auch so, der ist des Amtes enthoben worden zur Abwehr einer schweren Beeinträchtigung der Rechtspflege, weil er durch sein Verhalten einfach mit Wirkung in die Zukunft nicht mehr die hinreichende Verlässlichkeit bietet, neutral, unvoreingenommen und verfassungstreu Rechtssprechungsaufgaben wahrzunehmen. Das wäre auch schwer verständlich, wenn sozusagen jemand poltern würde, vier Jahre sich äußern könnte, wie er will, sich verhalten könnte, wie er will und dann in ein Amt zurückkommt und sagt ja, jetzt ist wieder alles in Ordnung, das müsst ihr ignorieren.“

Auf dem Weg zu einem AfD-Bundestagsabgeordneten, der seinen Beamtenstatus verloren hat. Auch er war einmal Staatsdiener, wie die Richterin Birgit Malsack-Winkemann und wie die Polizisten Steffen Janich und Karsten Hilse.

Dem AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz waren Hass und Hetze anscheinend wichtiger als das Mäßigungsgebot für Beamte. Acht Jahre lang arbeitete Seitz als Staatsanwalt in Freiburg. Im Mai 2013 trat er in die AfD ein. Zwei Jahre später beleidigte er in den sozialen Medien US-Präsident Barack Obama rassistisch. Außerdem beschrieb er auf Facebook den Propheten Mohammed als Blutsäufer und Kinderschänder und veröffentlichte ein Bild von einem Koran in der Toilette.

Thomas Seitz, AfD

„Manches hätte man sicherlich besser kontrollieren können. Mir wurde zum Beispiel zur Last gelegt, dass bei einem Beitrag, den ich geteilt habe, dass da ein Koran abgebildet gewesen sei, eine Fotomontage in der Toilette. Das war mir gar nicht bewusst gewesen.“

Auch vor der Todesstrafe machte der ehemalige Staatsanwalt nicht Halt und plädierte für die Abschaffung des entsprechenden Artikels im Grundgesetz.

Thomas Seitz

„Das war ein provokanter Post auf Facebook, wo es um Rädelsführer ging, der bei einem Polizeieinsatz in einer in der Landeserstaufnahmestelle eine Randalie dort als Rädelsführer begleitet hatte, wurde dann abgeschoben und war nach mehreren Wochen wieder da. Da habe ich dann einfach provokativ was rausgehauen. Eine ernsthafte Debatte über die Frage der Todesstrafe, die führt man nicht auf Facebook.“

2017 wurde Thomas Seitz in den Bundestag gewählt. Ein Jahr später erfolgte die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis, weil er gegen seine Pflicht zur Neutralität, Unparteilichkeit und

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Verfassungstreue verstoßen habe. Das Vertrauen in eine korrekte Ausübung des Amtes als Staatsanwalt sei nicht mehr gegeben, so das Dienstgericht für Richter in Karlsruhe.

Thomas Seitz

„Aus meiner Sicht eine Entscheidung, die ganz klar abschrecken sollte, Kollegen davon abhalten sollte, für die AfD einzustehen und sich dazu zu bekennen. Und einer der Gesichtspunkte, der da eine Rolle spielte, war der Begriff Gesinnungsjustiz. Und gerade dieses Verfahren und die Urteile, die ergangen sind, die belegen eigentlich, dass wir immer mehr in eine Gesinnungsjustiz hineinkommen.“

Klaus Gärditz

„Das ist Unsinn. Das ist eine Selbststilisierung zum Opfer. Ein typischer Reflex, der auch, ich sage mal in der Szene weitverbreitet ist. Hier geht es um einen Schutz der Funktionsbedingungen der Institution des demokratischen Rechtsstaates. Und das hat nichts mit Gesinnungsjustiz zu tun, sondern man muss sich ganz konkret angucken, was dort gesagt worden ist. Und da geht es nicht um Grau-Bereiche des Meinungsspektrums, sondern da geht es um ganz handfeste Angriffe auf Menschenwürde, auf Demokratie und auf Rechtsstaatlichkeit.“

Der Staat lässt die radikalen Staatsdiener in den Reihen der Alternative für Deutschland fast immer gewähren. Ob diese Lehrer, Polizisten, Bundeswehrsoldaten, Staatsanwälte, Richter und Verwaltungsbeamten noch ihrer Pflicht zur Verfassungstreue nachkommen, wird selten überprüft. Verfahren gegen Verfassungsfeinde sind Ausnahmen. Und der Staat mache es ihnen zu leicht, in seinen Dienst zurückzukehren, meint Joachim Wagner.

Joachim Wagner

„Wir haben eine gesetzliche Regelungslücke: bei den Rückkehransprüchen von AfD-Richtern und Staatsanwälten in die Justiz nach dem Verlust ihrer politischen Mandate. Diese Rückkehransprüche kennen keinen Vorbehalt der Verfassungstreue.“

Deshalb will die sächsische Justizministerin Katja Meier bundesweit neue Regelungen : Nur wer auch als Abgeordneter treu zur Verfassung stehe, könne wieder in den öffentlichen Dienst zurückkehren.

Katja Meier

„Unser Vorschlag wäre, genau das auch im Abgeordnetengesetz zu regeln, also dass diejenigen, die zurückkommen, klar auf dem Boden des Grundgesetzes stehen müssen und für die freiheitlich demokratische Grundordnung einstehen.“

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Was würde das für Björn Höcke, einen der prominentesten AfD-Politiker, bedeuten? Für den verbeamteten Lehrer für Sport und Geschichte galten das Mäßigungsgebot und die Treue zum Grundgesetz. Als Abgeordneter ist Höcke davon befreit, allerdings nur im Plenum. Häufig verbreitete er seine revisionistischen und rechtsextremen Ansichten aber außerhalb des Parlaments.

„Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“

„Und diese dämliche Bewältigungspolitik lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz-Josef-Strauß-Zeiten. Wir brauchen nicht anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.“

„Wir haben jetzt 70 Jahre lang Mahnmale gebaut. Es ist hohe Zeit, dass wir endlich wieder Denkmäler errichten.“

Am 20. Januar protestieren in Münster 5.000 Menschen gegen Björn Höcke und die AfD. Höcke ist Stargast auf dem Neujahrsempfang der Rechtspopulisten. Für die Demonstranten ist er eine besondere Reizfigur.

Demonstrant

„Björn Höcke ist da oben im Rathaus beim AfD-Neujahrsempfang und wir sind heute hier, weil uns das überhaupt nicht gefällt und dass wir hier in Münster solche Parolen überhaupt nicht haben wollen. Und das machen wir lautstark und deutlich.“

„Ganz Münster hasst die AfD“

Wie finden es die Demonstranten, dass der Lehrer Höcke vielleicht nach seiner Politiker-Laufbahn wieder Geschichte am Gymnasium unterrichten könnte?

Demonstranten

„Ganz klar Aberkennung des Beamtenstatus, ganz klar verstößt aus meiner Sicht total gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung. Mit dem, was er sagt, wie er es sagt. Geht gar nicht. Ich bin selber im öffentlichen Dienst, wenn ich mir solche Äußerungen hier vorstellen würde, NoGo.“

„Wer das Holocaustdenkmal ein Denkmal der Schande nennt, wer eine 180 Grad Wende im Geschichtsbewusstsein in Bezug auf den Holocaust verlangt, der kann nicht Geschichtslehrer sein, der hat seine eigene Geschichtslektion nicht gelernt.“



Bei der AfD dagegen wird Björn Höcke gefeiert. Vielen hier gilt der Mann, der in einem gerichtlich entschiedenen Fall als Faschist bezeichnet werden durfte, als ein Heilsbringer, der erst die Partei und dann Deutschland erlösen und wieder groß machen soll. Wir fragen ihn nach einem Interview. Allerdings schwindet die Bereitschaft, als er hört, dass es um Staatsdiener in der AfD und um seine mögliche Zukunft als Lehrer gehen könnte.

Höcke Interviewabsage

„Klar, für die ARD doch immer.“

Reporter: „Wir machen einen Film über das Verhältnis von Beamten und Staatsdienern zur AfD...“

Höcke: „Och nee, da habe ich keine Lust zu. Wissen Sie, ich bin hier in Münster, ich freue mich, hier zu sein in diesem wunderbaren historischen Saal und werde heute einen Vortrag halten, der historisch eingebettet ist und einen Brückenschlag in die Gegenwart macht. Ich habe keine Ader dafür, mich über Beamtenrecht auszulassen.“

Wenn das Beamtenrecht verschärft werden sollte, dann würde es für Björn Höcke vermutlich schwer werden, wieder ans Lehrerpult zurückzukehren. Der Staat muss härter gegen die Verfassungsfeinde vorgehen, um die Demokratie zu schützen, fordert Klaus Gärditz.

Klaus Gärditz

„Verfassungsfeindliche Tendenzen werden dann gefährlich, wenn man sie nicht mehr öffentlich und offensiv thematisiert und ihnen nicht entgegentritt. Wenn man damit ernst macht, dann erlauben sich vielleicht einige auch nicht so viel, wie sie es jetzt tun. Und ich würde sagen, man sollte viel offensiver vertreten, dass eine Partei, die bestimmte Äußerungen tätigt, bestimmte Einstellungen zur politischen Programmatik erhebt, eben nicht Opfer ist. Es geht nicht um Opfer des politischen Diskurses, sondern es geht um Täterabwehr.“

Am Ende stellen wir fest: Noch lässt der Staat seine radikalen Diener weitgehend gewähren. Sie wiegeln auf und werden selten dafür belangt. Bislang wurde nur dem ehemaligen Staatsanwalt und Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz der Beamtenstatus aberkannt. Dabei könnten strafrechtlich relevante Äußerungen in den sozialen Medien, im Wirtshaus oder bei Pegida schon jetzt konsequent geahndet werden.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat angekündigt, Verfassungsfeinde zukünftig schneller entlassen zu wollen. Das wäre ein erster Schritt. Die Verschärfung, Beschleunigung und Anwendung des Disziplinarrechts ein weiterer. Der Rechtsstaat muss sich gegen seine Feinde wehren.